

# AUSSERORDENTLICHE MITGLIEDERVERSAMMLUNG VOM 1. DEZEMBER 2020 PROTOKOLL

---



Ort: Video-Konferenz  
Anwesend: 86 Mitglieder  
Sitzungsleitung: Simon Meyer und Selma L'Orange Seigo  
Protokoll: Benjamin Krähenmann

---

## 1. Begrüssung

Simon Meyer begrüsst die Anwesenden.

## 2. Wahl der Stimmenzähler\*Innen

Die Stimmen werden durch das Online-Abstimmungs-Tool automatisch gezählt.

## 3. Traktanden

Die Traktandenliste wird ohne Ergänzungen genehmigt.

## 4. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 27. Oktober 2020

Das Protokoll wird ohne Änderungen genehmigt.

## 5. Mitteilungen

- Partei & Vorstand (Selma L'Orange Seigo)

Das Referendum gegen das eidgenössische Terrorgesetz wurde ergriffen. Es wäre eines der schärfsten Terrorgesetze der westlichen Welt. Bitte füllt die Unterschriftenbögen so weit wie möglich aus und schickt sie zurück.

- Nationalratsfraktion (Marionna Schlatter)

Gestern hat die Wintersession begonnen. Das Covid-Geschäftsmietengesetz wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Somit gibt es keinen Teilmieterlass für Geschäfte, die wegen der Corona-Krise schliessen mussten. Die Ehe für alle wurde heute Realität, sie ist durch den Ständerat gekommen. Hinsichtlich Bussen bei Verstössen gegen die Maskenpflicht waren die Grünen nicht einer Meinung. In der Session stehen noch eine grössere Budgetdebatte und die Änderung des Tabakgesetzes an.

- Kantonsratsfraktion (Thomas Forrer)

Der Gegenvorschlag zur Natur-Initiative wird von einer deutlichen Mehrheit des Kantonsrats unterstützt. Dadurch wird doppelt so viel Geld für den Naturschutz aufgewendet wie bisher. Die Bauvorschriften zur Bebauung der Seeuferwege werden strenger. Der heutige Bestand soll beibehalten werden. Die Covid-Härtefallmassnahmen im Kanton Zürich werden aktuell diskutiert. Hinsichtlich des Budgets verfolgt die Grüne Fraktion eine Politik der ruhigen Hand.

- Junge Grüne (Joséphine Decking)

Mit der Kriegsgeschäfte-Initiative erreichten die Jungen Grünen das beste Abstimmungsergebnis einer Jungpartei auf eidgenössischer Ebene. Die Suche nach Kandidierenden für die Gemeinderatswahlen der Stadt Zürich 2022 läuft. Es wird eine AG Parlamentarismus gebildet. Sie besteht aus Leuten, die aktiv an Initiativen und Vorstössen mitarbeiten wollen. Es wird aktuell ein Postulat für die kostenlose Abgabe von Menstruationshygieneprodukten erarbeitet. In 67 Tagen ist das 50-Jahre-Jubiläum des Frauenstimmrechts, dazu wird etwas geplant.

## **6. Kantonale Abstimmungsvorlagen vom 7. März 2021**

- Änderung des Polizeigesetzes: Nennung von Nationalitäten in Polizeimeldungen (Silvia Rigoni)

Der Vorstand hat die 2x-Nein-Parole einstimmig gefasst. Mit dem heutigen Polizeigesetz sind wir Grüne einverstanden. Es gibt keinen Zwang zur Nationalitätennennung in Medienmitteilungen und Medienkonferenzen. Die Stadtpolizei Zürich nennt Nationalitäten nur noch in Ausnahmefällen. Das ist eine pragmatische Lösung. Die SVP hat mit ihrer «Transparenzinitiative» eine Änderung des Polizeigesetzes beantragt. Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit sowie Migrationshintergrund müssen zwingend genannt werden.

Der Zürcher Regierungsrat hat darum einen Gegenvorschlag lanciert, dabei muss der Migrationshintergrund nicht genannt werden. Der Gegenvorschlag ist aber immer noch diskriminierend. Es gibt keinen Kausalzusammenhang zwischen Nationalität und Kriminalität. Es ist eine Scheintransparenz und -logik. Zudem wird die Gemeindeautonomie missachtet. Ausserdem handelt es sich um eine Überregulierung. Die Verhältnismässigkeit ist nicht gegeben. Bei der Stichfrage ist der Gegenvorschlag anzukreuzen.

- Änderung des Sozialhilfegesetzes: Rechtliche Grundlagen für Sozialdetektive

Selma L'Orange Seigo: Die Gesetzesänderung geht auf einen Vorstoss der SVP, FDP und BDP zurück. Aktuell werden Sozialhilfebezüger\*innen observiert. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte [EGMR] kam 2016 aber zum Schluss, dass auf nationaler Ebene keine ausreichende rechtliche Grundlage für Sozialdetektive existiert. Die Stadt Zürich hat ein Gutachten eingeholt und setzt darum keine Sozialdetektive mehr ein. Es herrscht somit eine gewisse Unsicherheit. Das Gesetz soll eine Rechtsgrundlage schaffen. Mit der Verschiebung der Kräfteverhältnisse im Kantonsrat und in den Kommissionen konnte Jeannette Büsser dank ihrer hervorragenden Kommissionsarbeit GPS-Tracker und unangemeldete Hausbesuche aus dem Gesetz streichen. Zudem muss ein Mitglied des Bezirksrats zustimmen, damit Sozialdetektive eingesetzt werden können. Die Gesetzesänderung wurde im Juni 2020 überwiesen. Die SVP und die FDP sind dagegen, weil ihnen die Vorlage zu wenig weit geht. Die AL ist auch dagegen, da sie grundsätzlich gegen Sozialdetektive ist. 49 von 162 Gemeinden haben mittlerweile das Referendum gegen dieses Gesetz ergriffen.

*Input von Jeanette Büsser (Kantonsrätin)*

Heute können die Gemeinden machen, was sie wollen. Das Gesetz ist wichtig, weil es den Gemeinden Rahmenbedingungen vorgibt. Diese Bedingungen führen zu mehr Rechtssicherheit, mehr Rechtsgleichheit und mehr Qualität. Das Gesetz führt eine zweite unabhängige Ebene, den Bezirksrat, ein. Dass die Gemeinden das Referendum ergriffen haben, zeigt, wie wasserdicht dieses Gesetz gemacht wurde.

Diese Vorlage ist zudem kein Kompromiss zwischen Rechts und Links. Die SVP und die FDP kamen uns nie entgegen. Mit einem Observationsverbot wären wir nicht durchgekommen, nur die betroffenen Menschen wären geopfert worden. Die SVP wird eine Volksinitiative lancieren, sie will unbedingt ein scharfes Sozialhilfegesetz. Das jetzige Gesetz ist notwendig, da es die betroffenen Menschen schützt.

#### *Input von Katharina Prelicz-Huber (Nationalrätin)*

Die Sozialhilfebezüger\*innen als Opfer zu bezeichnen, falls das Gesetz nicht kommt, ist ein Affront. Diese massive Grundrechtseinschränkung ist entschieden abzulehnen. Ein Wildwuchs wäre nicht ausgeschlossen. Drohnen wären nach wie vor erlaubt. Private Schnüffler, ohne Ausbildung und ohne Vorgaben, erhielten mehr Befugnisse als die Polizei. Winterthur und Basel haben keine Sozialdetektive und sagen, diese seien nicht nötig. Bei einem Verdacht kann die Sozialbehörde Anzeige erstatten. Diese Überwachung ist ein Frontalangriff auf die Sozialarbeit. Wollen wir dazu Ja sagen?

Stellt sich nur ein bürgerliches Komitee gegen das Gesetz und wird das Gesetz abgelehnt, heisst es, dass die Bevölkerung Verschärfungen möchte. Darum müssen wir für die Grundrechte einstehen. Wenn das Gesetz abgelehnt wird, können wir von Null beginnen. Bitte stimmt Nein zu den Sozialdetektiven, im Sinne der Grundrechte und der Rechtsgleichheit.

#### *Diskussion*

Thomas Forrer betont, dass Jeannette Büsser im Rahmen der politischen Machtverhältnisse im Kanton Zürich mit grossem Geschick die absolut beste Lösung herausgearbeitet hat. Mit dem neuen Gesetz wird das Vier-Augen-Prinzip gestärkt, eine Sozialhilfebehörde kann nicht einfach willkürlich entscheiden, sondern muss ihr Vorgehen vom Bezirksrat absegnen lassen. Ziel ist es, ein absolutes Minimum an Sozialdetektiven zu haben und den Diskurs nicht mehr weiterführen zu müssen.

Esther Guyer meint, dass aktuell bereits observiert wird. Der Kantonsrat kann deshalb nicht einen Entscheid des EGMR abwarten. Zudem ist der Drohneinsatz mit dem neuen Gesetz eben nicht möglich.

Silvia Rigoni spricht sich gegen die Überwachung aus, unterstützt aber aus pragmatischen Gründen dieses neue Gesetz, weil gewisse Gemeinden momentan hemmungslos observieren.

Luca Maggi verweist auf das Urteil des EGMR. Gemäss diesem Urteil fehlen der Schweiz gesetzliche Grundlagen für der Einsatz von Sozialdetektiven, eine Überwachung durch Sozialdetektive ist deshalb unzulässig. Es stellt sich weiter die Frage, ob die Schaffung einer solchen gesetzlichen Grundlage überhaupt verhältnismässig und erforderlich ist. Juristisch gesehen ist das Gesetz nicht sauber ausgearbeitet. Es genügt der Entscheid eines Bezirksamts, der keine richterliche Instanz ist. Zudem ist zu bezweifeln, dass ein erfolgreicher Abstimmungskampf gegen die SVP und die FDP gemacht werden kann. Im Falle einer solchen Niederlage könnten die Bürgerlichen dann auf weitere Verschärfungen pochen.

Simon Meyer argumentiert, dass das Recht verschiedene Rechtsquellen hat. Aktuell gibt es dieses bereits erwähnte Urteil des EGMR. Somit ist der aktuelle Rechtszustand, dass Observationen illegal sind. Würden vermehrt Sozialdetektive eingesetzt, würde dies zudem eine Budgetkürzung für die Sozialhilfebehörden nach sich ziehen. Beim Einsatz von Sozialdetektiven geht es um einen Eingriff in die Grundrechte von Privaten. Die Grünen müssen die Partei der Grundrechte bleiben.

Rita Habegger ist entsetzt, dass durch die Verabschiedung dieses neuen kantonalen Gesetzes ein Präjudiz für eine Illegalität geschaffen wird. Dem ist entschieden entgegenzutreten.

### *Abstimmung*

Die anwesenden Mitglieder sprechen sich bei 7 Enthaltungen mit 40 Nein- zu 30 Ja-Stimmen gegen das Gesetz aus.

Beschluss: Nein-Parole zum Sozialhilfegesetz

### **7. Podiumsgespräch «Naturschutz & Artenvielfalt»**

Im Gespräch diskutieren Thomas Honegger (Kantonsrat, Gemeinderat Greifensee & Geschäftsführer Verein Konkret) und Martin Graf (Kantonales Amt für Landschaft und Natur, Fachstelle Naturschutz).

### **8. Varia**

keine

---

Sitzungsbeginn: 19:30 Uhr

Sitzungsende: 21:50 Uhr